



Vorab-Veröffentlichung aus dem

Verfassungsschutzbericht des Landes Brandenburg 2022

Mit dem vorliegenden Jahresbericht 2022 (Auszug / Vorabveröffentlichung) unterrichtet die Verfassungsschutzbehörde des Landes Brandenburg in Erfüllung ihres gesetzlichen Auftrages die Öffentlichkeit. Der Verfassungsschutz versteht sich als Frühwarnsystem zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Das Titelbild steht dafür. Die Farbradierung „Potsdamer Stadtschloss“ des Malers Christian Heinze entstand 1996 im Rahmen des Zyklus „Spurensuche“. Es verarbeitet den historischen Grundriss des ehemaligen Stadtschlusses, das nach seinem Wiederaufbau seit 2013 Sitz des Landtages Brandenburg ist. Unweit dieser historischen Stelle befand sich bereits im Jahr 993, am Ufer der Havel, eine slawische Festung, die vor feindlichen Angriffen schützen sollte.

Separatistische Ansätze im Extremismus

Vorab-Veröffentlichung aus dem
Verfassungsschutzbericht 2022

Alle Extremisten eint die Ablehnung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. An deren Stelle wollen sie totalitäre Regime nach ihren Vorstellungen installieren. Sei es der autoritäre Führerstaat im Rechtsextremismus, die Diktatur des Proletariats im Linksextremismus oder der Gottesstaat im Islamischen Extremismus. Grundsätzlich wollen sie alle nur das System überwinden. Am deutschen Staat selbst halten sie mehrheitlich fest. Denn sie brauchen seine exekutiven Instrumente, das Staatsgebiet und das Staatsvolk für ihre jeweiligen Diktaturen.

Einige extremistische Vorstellungen und Strömungen weichen jedoch davon ab, das gilt insbesondere für „Reichsbürger und Selbstverwalter“. Die glauben, es gebe keine Bundesrepublik Deutschland oder man könne aus ihr einfach austreten und Fantasiestaaten gründen. So streben Reichsbürger nach einem wie auch immer gearteten Reich. Teilweise sollen hierbei sogar Gebiete Polens und anderer Staaten angeschlossen werden. Andere Reichsbürger favorisieren dagegen die Sezession beziehungsweise Separation, indem sie nur Teile wie beispielsweise „Preußen“ aus dem deutschen Staatsgebiet herausbrechen wollen. Dieselbe Strategie – wenn auch ein paar Nummern kleiner – verfolgen Selbstverwalter. Die glauben, mit Haus und Garten oder manchmal nur mit der Mietwohnung den deutschen Staat verlassen zu können, um sich unter eine eigene Selbstverwaltung zu stellen. Reichsbürger und Selbstverwalter sind seit langem bekannt. Neuerdings schwelt jedoch zusehends in klassischen Teilen des deutschen Rechtsextremismus eine Debatte über secessionistische Visionen und Ideen, die tatsächlich darauf hinauslaufen würden, bestimmte Territorien zu besetzen oder abzuspalten oder Deutschland sogar ganz aufzugeben. Das ist umso bemerkenswerter, als Rechtsextremisten über Jahrzehnte genau andersherum funktionierten. Sie nahmen jede Gelegenheit wahr, die Bundesrepublik Deutschland zu diffamieren und zu delegitimieren. Sie galt als „Staat der anderen“¹, Spielball fremder Mächte, Befehlsempfänger sowie als Gebilde ohne innere Souveränität. Rechtsextremisten hielten aber alle einhellig an einem deutschen Staat fest. Dieser sollte autoritär, ohne freiheitliche demokratische Grundordnung und ohne Ausländer sein. Sie hofften auf den Systemzusammenbruch, gingen „aktionsorientiert“ auf die Straße und versuchten durch Parlamentsarbeit das „System“ von innen auszuhöhlen. Und natürlich sollte das Territorium vergrößert werden. Dieser rechtsextremistische Grundkonsens könnte zukünftig wanken.

Die Separatismus-Fantasien sind in unterschiedlichen Ausprägungen präsent. Sie reichen vom Aufruf, in bestimmten Regionen Deutschlands bevorzugt zu sie-

1 Vgl. Jenke, Manfred: „Die nationale Rechte“, S. 145.

deln. Diese gelte es weltanschaulich sowie politisch-kulturell zu prägen. Schließlich könne man solche Regionen dann übernehmen und ethnisch reinhalten. Andere setzen sich für den Aufbau eines ethnisch reinen Staates jenseits der Grenzen Deutschlands ein. Oft wird hierbei Neuseeland genannt. Und noch mal andere wollen Ostdeutschland vom Westen abspalten, weil sie den Westen im Sinne einer angestrebten homogenen ethnisch-weißen Bevölkerung für unrettbar verloren halten.

Diese Entwicklungen sind aus Sicht des brandenburgischen Verfassungsschutzes Sprengstoff für unsere Demokratie. Denn das Streben nach Sezession ist ein Angriff auf die freiheitliche demokratische Grundordnung und auf den Bestand des deutschen Staates. Diese Strategie dient der weiteren Mobilisierung der rechtsextremistischen Szene und birgt ebenso Mobilisierungspotenzial für neue, daraus entstehende rechtsextremistische Strömungen. Zudem hat das Agitations- und Handlungsfeld der Separatismus-Überlegungen das Potenzial, die globale Vernetzung von Rechtsextremisten zu forcieren. Daher widmet sich der brandenburgische Verfassungsschutz im vorliegenden Bericht aufgrund seiner Funktion als Frühwarnsystem diesem neuen Agitations- und Handlungsfeld, den historischen und ideologischen Hintergründen sowie den aktuellen Entwicklungen in Brandenburg.

Separatistische Ansätze im Rechtsextremismus

Ende der 1960er Jahre formierte sich im Rechtsextremismus ein radikal-aktionistischer Flügel, aus dem wenig später die Neue Rechte hervorgegangen ist. Wichtiger Bestandteil der Ideologie war neben dem Ethnopluralismus der „Befreiungsnationalismus“. Darunter wurde in erster Linie verstanden, die nationalen Volkskulturen von den damaligen Supermächten USA und UdSSR zu befreien. Damit sollte eine innenpolitische Umwälzung zugunsten einer völkisch-organischen Gesellschaft einhergehen. Autonomiebewegungen waren generell für die „Neue Rechte“ gewaltige Kräfte. Sie versuchte deshalb, Anschluss an europäische separatistische Bewegungen zu bekommen. Auch für Deutschland wurden Vorstellungen entwickelt. Ziel war der weltweite Sieg des „Befreiungsnationalismus“ und eine unabhängige, an der Selbstverwirklichung orientierte Völkerordnung, deren Ordnungsgrundlage das nationalrevolutionäre Prinzip des Ethnopluralismus sein sollte.

Bezüge zum klassischen „Befreiungsnationalismus“ der Nationalrevolutionäre lassen sich heute nur noch bei der rechtsextremistischen Partei „DER DRITTE

WEG“ finden. Das erklärt, warum sie im Gegensatz zu den meisten anderen rechtsextremistischen Akteuren die Ukraine im Krieg gegen den Aggressor Russland geschlossen unterstützt. Auch die NPD hatte sich ab der Jahrtausendwende unter ihrem damaligen Vorsitzenden, Udo Voigt, als „nationalrevolutionäre“ Kraft bezeichnet. So heißt es in einem Schulungsheft der NPD: „Nur ethnisch-geschlossene Gesellschaftskörper mit geringem Ausländeranteil sind solidar- und belastungsfähig. Nur sie können positive Gemeinschaftskräfte zur Krisenbewältigung entwickeln.“² An anderer Stelle führt die NPD aus: „Angehörige anderer Rassen bleiben deshalb körperlich, geistig und seelisch immer Fremdkörper, gleich, wie lange sie in Deutschland leben, und mutieren durch die Verleihung bedruckten Papiers nicht zu Germanisch stämmigen Deutschen.“³ Zusätzlich erwogen führende Neonationalsozialisten und NPD-Aktivisten die Gründung und Besiedlung von „Wehrdörfern“ zum Schutz der „Volksgemeinschaft“. In ihnen sollten sich Gleichgesinnte ansiedeln, sich vom Kampf erholen und sich bewaffnet gegen Feinde verteidigen.

Hinter dem dominanten „aktionsorientierten Widerstand“ war für die Parteiaktivisten aber genügend Spielraum für andere Handlungsstrategien vorhanden. Auf der Basis der skizzierten Vorstellungen von einer Volksgemeinschaft war die NPD und ihr damaliger Jugendverband „Junge Nationaldemokraten“ (JN) über Jahre Heimat für Neonationalsozialisten. Viele haben sich gezielt in ländlichen, eher infrastrukturschwachen Regionen und Orten wie Jamel, Krakow oder Koppelow (alle Mecklenburg-Vorpommern) mit Gleichgesinnten angesiedelt. Sie folgten damit ihrem völkischen Weltbild und Rassendogma; sie wollen parallelgesellschaftlich autark mit Menschen „gleicher Art“ zusammenleben. Einige dieser „völkischen Siedler“ stammen ursprünglich aus Brandenburg und waren viele Jahre lang führende JN-Aktivisten und damit Kern der rechtsextremistischen Szene in Brandenburg. Für sie war damals das Leben auf dem Land eine Frage nationaler Vorfeldpolitik. Teilweise knüpften sie wie in Koppelow direkt an völkische Siedlungsprojekte an, welche bereits in der Übergangszeit zum Nationalsozialismus entstanden.

Völkische Siedler

Bei völkischen Siedlern handelt es sich noch nicht um eine regionalistische Autonomiebewegung. Jedoch gehen von diesem Konzept entsprechende Impulse aus. Völkische Siedler streben nach wirtschaftlicher Autarkie, Unabhängigkeit von

2 NPD-Parteivorstand (2006), Argumente für Kandidaten und Funktionsträger, Berlin, S. 7

3 NPD-Parteivorstand (2006): Argumente für Kandidaten und Funktionsträger, Berlin S. 12

staatlichen Institutionen, Sozialisation der Kinder und Jugendlichen in bündischen Organisationen und anti-urbaner und anti-moderner Lebensführung. Sie suchen Kontakt zu anderen lokalen rechtsextremistischen Gruppierungen, bilden Netzwerke und legen so eine Grundlage für die langfristige Beeinflussung regionaler und lokaler Alltagskulturen. Ziel der völkischen Siedler ist, ein Bewusstsein der Rassenzugehörigkeit zu schaffen und diese „besondere“ Identität gegen fremde Einflüsse zu verteidigen. So wollte man „für die Rückgewinnung unseres Vaterlandes (...) eine sichere Basis“⁴ aufbauen.

Konzept des weißen Ethnostaats

Im Jahr 2017 entstand in neonationalsozialistischen Kreisen das Konzept des „Ethnostaats“⁵ außerhalb von Mitteleuropa. Das Konzept ist auf mehreren Kongressen und Vortragsveranstaltungen der Nova Europa Society e.V. (NES) beworben worden. Auch die Partei „DER DRITTE WEG“ und die Plattform „Gegenstrom“, betrieben vom rechtsextremistischen Verlag „MetaPol Verlag & Medien“ aus Luckenwalde (TF), vermittelten das Konzept. Der Verein schlägt einen Ethnostaat außerhalb von Mitteleuropa vor, wobei der unter dem Pseudonym Johannes Scharf auftretende Ideengeber ebenso darüber sinnierte, dass sich Ostdeutschland in diesem Sinne vom Bundesgebiet abspalten könnte.⁶ In diesem Ethnostaat sollen sich die durch Migration verdrängten weißen Europäer neu organisieren und so ihre vermeintlich bedrohte ethnische und kulturelle Identität in die Zukunft retten: „Ultimatives Ziel (...) ist die Errichtung einer Heimstätte für Weiße auf dem Planeten, in der das langfristige Überleben unserer Rasse dadurch sichergestellt ist, dass die Verfassung dieses künftigen Ethnostaates den Schutz derselben als Entität festschreibt und gleichsam zur obersten Staatsräson erhebt.“ Der Begründer des Vereins, „Johannes Scharf“, ist überwiegend als Publizist aktiv. In seinen Büchern thematisiert er hauptsächlich die Notwendigkeit ethnisch homogener Siedlungsprojekte für Weiße sowohl im östlichen Teil Europas als auch außerhalb des europäischen Kontinents. Scharf fordert eine Abkehr vom „Ethnomasochismus“ und fordert: „Die Rasse zuerst! Diese drei Worte fassen meine Überzeugungen am prägnantesten zusammen und wären dem Wesen eines echten weißen Ethnostaats quasi per definitionem immanent.“ An anderer Stelle äußerte Scharf, sein Traum sei „eine Allianz aller weißen Staaten inklusive der Vereinigten Staa-

4 Der Aktivist: „Neue Siedler? Wenn der ‚Nazi‘ mit dem Trecker kommt“, Ausgabe 25 (2016).

5 Vgl. Scharf, Johannes (2017): „Der weiße Ethnistaat“.

6 Vgl. Homepage von DER DRITTE WEG: Fraktur gesprochen Nr. 79 – Johannes Scharf: „Ein weißer Ethnostaat als letzte Rettung“, 21.07.2019 (der Audiofile der Rede ist nicht mehr abrufbar).

ten und der Russischen Föderation, deren Bevölkerungen sich der Wichtigkeit des Rassegedankens bewusstgeworden sind.“ Sein Projekt umschreibt er mit „Arche Noah der weißen Völker“.

Initiative Zusammenrücken

Die „Initiative Zusammenrücken“⁷ ist ein weiteres Projekt von Rechtsextremisten, das versucht, ethnokulturell geprägte Siedlungsbestrebungen zu forcieren. Im Unterschied zum theoretischen Konzept des „Ethnostaats“ bietet die Initiative praktische Hilfe bei der „Umsiedlung“ an. In der neonationalsozialistischen Publikation „N.S. heute“ wurde 2020 von einer „Initiative Zusammenrücken“ für „nationale Siedlungsprojekte“ in den ostdeutschen Bundesländern geworben.⁸ Ziel der Initiative ist die Ansiedlung autochthoner Deutscher in „Mitteldeutschland“. Die Verantwortlichen zeichnen ein düsteres Bild von der demografischen Entwicklung und dem Wandel der Bevölkerungsstruktur in Deutschland. Im Gegensatz zur Situation in Westdeutschland stelle sich jedoch die Situation in „Mitteldeutschland“ bei einem Migrationsanteil von sechs Prozent ganz anders dar. Außerdem herrschten in den ostdeutschen Ländern andere Vorstellungen über die gesellschaftliche Zukunft als in Westdeutschland. Die „systematische Ansiedlung in Mitteldeutschland“ sei eine Möglichkeit, „dem stetig anwachsenden ethnisch-kulturellen und religiösen Konfliktpotenzial“ zu begegnen. Wohnungen, Arbeitsplätze, Entfaltungsraum für Kinder seien vorhanden, die deutsche Sprache würde flächendeckend gesprochen und „hiesige Sitten und kulturelle Gebräuche“ hätten noch Bestand. Die Initiative bot Unterstützung für eine mögliche Umsiedlung an, um dem „bio-kulturellen Abgrund in Westdeutschland“, in dem die „Restdeutschen an die Wand“ gedrückt würden, zu entkommen. Die Initiative nutzte einen Kanal im Messenger-Dienst Telegram und wurde neben „N.S. Heute“ auf rechtsextremen Podcasts, dem rechtsextremen Internetradio „FSN TV“ (mit anschließender Veröffentlichung auf der Plattform „BitChute“) und dem Podcast „Revolution auf Sendung“ von der Partei „DER DRITTE WEG“ beworben.

Konzept der temporären Sezession

Das Konzept der „temporären Sezession“⁹ stammt vom Österreicher Martin Sellner, dem führenden Gesicht der „Identitären Bewegung“ (IB). Sellner hat in den

7 Vgl. Homepage „zusammenruecken in Mitteldeutschland (letzter Zugriff 10.03.2023).

8 Vgl. Homepage „zusammenruecken in Mitteldeutschland (letzter Zugriff 10.03.2023).

9 Vgl. Homepage Sezession: „Sezession oder Reconquista nach der Stunde Null“ (letzter Zugriff 10.3.2023).

letzten Jahren die Aktionen der IB geplant und koordiniert. Im Jahr 2021 schreibt Sellner in dem Text „Sezession oder Reconquista – nach der ‚Stunde Null‘“, man müsse erkennen, dass die „Katastrophe des Bevölkerungsaustauschs“ in Deutschland (und Österreich) unumkehrbar sei. Ursprünglich wollten die „Identitären“ die aus ihrer Sicht bestehenden Gefahr einer Überfremdung in Europa bislang durch eine geistig-metapolitische Strategie der Reconquista bekämpfen. Nun stelle sich angesichts der Migrationsentwicklung jedoch die Frage, ob ein Strategiewechsel sinnvoll wäre: „Die einzige Wahl, die sich meiner Meinung nach stellt, besteht zwischen den Leitstrategien der ‚Reconquista‘ und der ‚Sezession‘. Letztere können wir wie folgt definieren: Die Sezession koppelt das Ziel ‚Erhalt der ethnokulturellen Identität‘ von dem Zwischenziel der ‚Reconquista‘ (Eroberung metapolitischer Macht zur Erlangung politischer Macht) ab. Die Bewahrung des Eigenen soll von der Erlangung staatspolitischer Macht weitgehend unabhängig gemacht werden.“

Die „temporäre Sezession“ stellt laut Sellner keine eigene Staatsgründung, sondern eine Sammlung und Konzentration aller verbliebenen Ressourcen in einer bestimmten Region dar, um dort die entsprechenden Mehrheits- und Synergieeffekte über eine Sammlungsstrategie zu erzielen. „Siedlungskreise“ und der Versuch autonomer Staatsgründungen werden von Sellner als „Arche-Noah-Strategie“ kritisiert. Ihm geht es „nicht um die Rettung der eigenen Felle ins Trockene und die Flucht an einen (noch) lebenswerten Ort, sondern um die Bewahrung der ethnokulturellen Identität durch Schaffung und Erhaltung eines eben solchen Bereichs. Die Strategie bestünde also auch in einer Bewusstmachung, Politisierung und Professionalisierung der stattfindenden Enklavenbildung in jenen Räumen des Staatsgebiets, in die sie sich instinktiv verlagert hat.“ In diesen Gebieten müsste die absolute Mehrheit in Landesparlamenten und Stadträten ebenso angestrebt werden wie die metapolitische Dominanz über die lokale Zivilgesellschaft. Über ein umfassendes Netz an Parallelstrukturen müssten, soweit das rechtlich möglich sei, Bedingungen geschaffen werden, die deutschen Familien eine Lebensperspektive böten. Während die Reconquista die legitime Hoheit der einheimischen Bevölkerung über ihr Staatsgebiet, ihre Leitkultur und Bevölkerungspolitik zurückerobern wollte, liefe die Forderung der Sezession notwendig auf Volksgruppenrechte in einer Region hinaus. Keinesfalls aber dürfe eine Sammlungsstrategie das staatliche Gewaltmonopol herausfordern und in die Militanz kippen, weil das ihr Ende wäre.

Separatismus bei Reichsbürgern und Selbstverwaltern

Die Vorstellungen von „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ sind geprägt von gewohnheits- und naturrechtlichen Vorstellungen, die mit einem modernen Rechtsstaat nicht kompatibel sind. Für sie ist es eine unerlässliche Voraussetzung und Rechtfertigung für ihre Handlungen, jedwede staatliche Autorität und Souveränität der Bundesrepublik zu leugnen, auf dem Fortbestand des „Deutschen Reiches“ zu beharren oder ein eigenes Staatsgebiet zu proklamieren. Dabei gibt es im Bereich der Selbstverwalter Entwicklungen, die weit über die im Rechtsextremismus kursierenden Vorstellungen hinausgehen. Die Loslösung vom demokratischen Rechtsstaat über den Erwerb von Grundstücken und Immobilien wird symbolisch in aller Öffentlichkeit bereits gezielt umgesetzt. So auch in Brandenburg. „Reichsbürger“ sind der Auffassung, eine über die Abstammung ererbte, „latente, verborgene Staatsangehörigkeit“ mache sie zu Angehörigen dieses Deutschen Reiches.¹⁰ Bundesweit sind der Szene mit Stand Dezember 2022 rund 23.000 Personen zuzurechnen.¹¹ In Brandenburg liegt das Personenpotential bei 650.

Separatismus am Beispiel des Fantasiestaates „Königreich Deutschland“ (KRD)

Der Fantasiestaat „Königreich Deutschland“ wurde im September 2012 in Lutherstadt Wittenberg (Sachsen-Anhalt) gegründet. Seither versucht das KRD in verschiedenen Regionen Deutschlands Fuß zu fassen. Der Koch Peter Fitzek ist als selbsternannter König die herausragende Figur der Bewegung. Mit dem KRD versucht er Parallelstrukturen zur Bundesrepublik Deutschland aufzubauen.¹² Das Ideenkonstrukt basiert auf einem religiösen und esoterischen Fundament, das der selbsternannte Monarch Peter Fitzek in teilweise fanatischen Reden im Internet verbreitet. Das KRD weist Eigenschaften einer Sekte, eines Unternehmens aber auch einer extrem rechten Gruppe auf.¹³

10 Vgl. Michael Hüllen, Heiko Homburg: „Reichsbürger“ zwischen zielgerichtetem Rechtsextremismus, Gewalt und Staatsverdrossenheit“ https://www.gemeinwesenberatung-demos.de/wp-content/uploads/2021/03/Wilking_Reichsbuerger_Beitrag01_Huellen_Homburg.pdf (zuletzt abgerufen am: 22.02.2023).

11 Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz: „Reichsbürger und Selbstverwalter“, https://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/reichsbuerger-und-selbstverwalter/reichsbuerger-und-selbstverwalter_node.html (zuletzt abgerufen am: 25.01.2023).

12 Vgl. VSB_ST_2021_Endfassung_01.pdf (sachsen-anhalt.de), https://mi.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MI/MI/3_Themen/Verfassungsschutz/VSB_ST_2021_Endfassung_01.pdf (zuletzt abgerufen am: 20.02.2023).

13 Siehe Fußnote 10.

Verfassungsschutzbehörden stufen den Fantasiestaat „Königreich Deutschland“ (KRD) als extremistische Bestrebung ein. Sie zählt zu den „Reichsbürgern und Selbstverwaltern“. Das KRD versteht sich als „völkerrechtskonformer neuer deutscher Staat“, dessen Akteure die Bundesrepublik Deutschland ablehnen. Einige glauben, die Bundesrepublik Deutschland sei kein legaler Staat. Andere vermuten, ihre Regierung und alle staatlichen Institutionen dienten den Interessen klandestiner Mächte. Für Anhänger des „Königreich Deutschlands“ ist die Bundesrepublik Deutschland ein „Geschäftsmodell“ namens „BRD GmbH“, welches allein die „Ausplünderung des Volkes“ bezwecke.¹⁴ Häufig knüpfen ihre ideologischen Begründungen an antisemitische Verschwörungserzählungen an.

Das KRD ist auf Expansion ausgerichtet. Die Eröffnung von „Gemeinwohlerestaurants“ und „Gemeinwohlkassen“ sowie der Erwerb von Immobilien und Ländereien für „Gemeinwohldörfer“ dienen der Ausdehnung des Fantasiestaates. In der Vergangenheit hat das KRD immer wieder versucht, sich Grundstücke mit Bestandsimmobilien und Ländereien in Deutschland zu sichern. Unter dem Vorwand, alternative Wohnkonzepte ausprobieren zu wollen und Lebensmittel für die Gemeinschaft zu produzieren, werden „ökologische Gemeinwohldörfer“ gegründet. Dahinter steckt die Idee, unabhängig von der Bundesrepublik Deutschland auf „eigenem Territorium“ ein autarkes Gebiet zu schaffen, das sich selbst versorgen kann. Die Akteure des Fantasiestaates sind an Grundstücken ab einer Größe von etwa drei Hektar mit Wald und Freiflächen für Landwirtschaft interessiert. Entsprechende Kaufanfragen waren in der Vergangenheit häufig nicht auf den ersten Blick dem KRD zuzuordnen, da Strohleute vorgeschickt wurden. Der Verfassungsschutz hat mehrmals vor dieser Strategie gewarnt und darüber aufgeklärt.

Anfang des Jahres 2022 konnte das KRD zwei Anwesen in Sachsen erwerben: das Schloss Bärwalde im Landkreis Görlitz sowie das Wolfsgrüner Schlößchen im Erzgebirgskreis. Auch in Brandenburg hat das KRD nach Grundstücken und Immobilien gesucht. In Lychen (UM) versucht das KRD seit Mitte 2022 eine Genossenschaft zu übernehmen. Diese verfügt über 44 Hektar landwirtschaftliche Fläche, Wege und Wald. Damit strebt die Gruppierung nun auch in Brandenburg ganz konkret nach einem autarken Gebiet, separiert von der Bundesrepublik Deutschland. Das langfristige Ziel ist, sich selbst versorgen zu können und gleichzeitig die eigenen gesellschaftspolitischen Vorstellungen umzusetzen. Beim KRD würde das in der Errichtung eines autoritären Staatssystems münden.

14 Siehe Fußnote 10.

Zur Rekrutierung neuer Anhänger und zur Bildung neuer Allianzen – auch mit Rechtsextremisten – entfaltet das KRD vielfältige Aktivitäten. Wie alle Extremisten nutzt das Königreich Deutschland dafür das Internet und dort vor allem Kommunikationstools wie Social-Media-Kanäle und Messenger-Dienste. Auf der Suche nach Lösungen für individuelle Problemlagen oder einer allgemein empfundenen Ungerechtigkeit stoßen Betroffene im digitalen Raum immer häufiger ungefiltert auf extremistische Strukturen. Kurzweilig befrieden die gefundenen Inhalte vorhandene Sehnsüchte und bieten scheinbar einfache Lösungen.¹⁵ Die vermeintliche Aussicht auf ein „steuerfreies Wirtschaftssystem“, „verminderte Sozialabgaben“ sowie ein „autarkes und geschlossenes zinsfreies Geldsystem“ sind offenbar die zugkräftigsten Argumente, mit denen das KRD versucht, neue Anhänger zu ködern.¹⁶

Die primäre Webseite ist das Einfallstor zur KRD-Parallelgesellschaft. Sie verweist auf eine Vielzahl weiterer Internetpräsenzen. Die meisten Profile des Fantasiestaates finden sich in Form von Gruppen und Kanälen auf dem Messenger-Dienst Telegram. Der reichweitenstärkste Kanal „Königreich Deutschland“ hat etwa 10.700 Follower. Täglich wird mindestens ein Post zu unterschiedlichen Themen wie zum Beispiel „Staatstheorie“ veröffentlicht. Darüber hinaus existieren weitere Profile in diversen Sozialen Netzwerken wie TikTok, Instagram und Facebook, die jedoch nicht die Reichweite der Telegramkanäle erreichen. Die Veröffentlichungen zeigen deutlich antidemokratische, menschenfeindliche, und antisemitische Haltungen des KRD. In den Posts werden regelmäßig antisemitische Bilder, Verschwörungsideologien und Antikapitalismus propagiert.

Zudem bietet das KRD regelmäßig Seminare und Livestreams an. Das Werben von Anhängern und Investoren erfolgt über „Unternehmerseminare“ oder „Tage der offenen Tür“. Die wachsende Anzahl von Beiträgen und die stetige Aktualisierung des Veranstaltungskalenders lässt auf eine aktive und strukturierte Kommunikationsstrategie schließen. Hervorzuheben ist der eigene Online-Marktplatz „Kauf das Richtige“, welcher zum Erwerb diverser Artikel und Buchungen unterschiedlicher Dienstleistungen animiert. Ein weiteres Angebot ist der Online-Shop „Kleinanzeigen“. Dieser wurde nach dem Vorbild der Plattform „Ebay-Kleinanzeigen“ für den Handel gebrauchter Waren eingerichtet. Der Erwerb von Produkten auf diesen Plattformen ist ausschließlich mit der KRD-Währung „E-Mark“ möglich.

15 Vgl. Jan-Gerrit Keil: Zwischen Wahn und Rollenspiel - das Phänomen der „Reichsbürger“ aus psychologischer Sicht (gemeinwesenberatung-demos.de), S. 107 (zuletzt abgerufen am: 25.01.2023).

16 Vgl. Homepage des Königreichs Deutschland (zuletzt abgerufen am 27.02.2023).

Dieses Zahlungsmittel kann ausschließlich in „Gemeinwohllassen“ gegen Euro eingetauscht werden. Dazu wurden Filialen in mehreren Bundesländern gegründet. Das KRD versucht damit ein unabhängiges Banken- und Währungssystem einzurichten. Unter dem Vorwand, Staatsangehörige des KRD müssten keine Steuern und Zinsen zahlen, versucht „König“ Peter Fitzek an das Geld seiner Anhänger zu kommen und diese zugleich an sich zu binden. Sind die erforderlichen Anträge („Kapitalüberlassungserträge“) erst unterschrieben und das Geld überwiesen, verliert man jeden Rechtsanspruch auf Rückerstattung. Mit den Einnahmen entwickeln Peter Fitzek und andere führende Köpfe des KRD eine enorme unternehmerische Tätigkeit. Dieses Prinzip wird mit der Gründung weiterer pseudostaatlicher Institutionen wie Krankenkassen und Bildungseinrichtungen fortgeführt. Dies soll eine finanzielle Unabhängigkeit des KRD vorgaukeln und die Separatismus-Bestrebung festigen.

Separatismus-Fantasien als Gefahr für unsere Demokratie?

Früher haben Rechtsextremisten am deutschen Staat an sich festgehalten. Jedoch strebten sie einen Systemwechsel an, um die von ihnen verhasste Demokratie durch ein autoritär-rassistisches System zu ersetzen. Gleichwohl ging es ihnen immer auch darum, das staatliche Territorium zu erweitern, indem revisionistische Gebietsansprüche an andere Länder formuliert wurden. Hierbei richtete man sich – wie wesentliche Teile der Reichsbürgerszene – an unterschiedlichen historischen Ausprägungen vorangegangener deutscher Staaten aus. Im Gegensatz zu Reichsbürgern spielen Rechtsextremisten jedoch nicht Reichsregierung mit Fantasieministern. Sie rufen auch keine Fantasiegebilde aus und sie verkaufen keine Fantasiedokumente. Das ist vielmehr die Spezialität von Reichsbürgern und Selbstverwaltern. Deren Aufkommen als gesellschaftliches Phänomen ist nur in kleinen Teilmengen rechtsextremistisch motiviert. Ihre Existenz und ihr Wirken dokumentieren vielmehr, dass der demokratische Rechtsstaat bei einigen Bürgern an Bindungskraft verloren hat. Angehörige dieser Szene wollen also nicht mehr Bürger der Bundesrepublik Deutschland sein und unterstreichen das mit fundamentalen Verweigerungshaltungen. Dem liegen unterschiedliche Einstellungen und Erfahrungen zu Grunde. Sei es, weil sie biografische Brüche nicht verkraftet haben, weil sie überschuldet sind oder weil sie im festen Glauben leben, die „BRD GmbH“ setze Chemtrails ein, um die Menschen zu vergiften und zu kontrollieren. Sogar überzeugte Rechtsextremisten halten solche Positionen für Spinnerei.

In letzter Konsequenz sind Reichsbürger und Selbstverwalter Ausdruck einer sich zunehmend ausdifferenzierenden Gesellschaft. Trotz allem sind damit erhebliche

Gefahren verbunden. Einige Reichsbürger und Selbstverwalter sind gewaltorientiert. Mit ihrer totalen Verweigerungshaltung suchen sie den Konflikt mit staatlichen Instanzen. Einige Szeneangehörige greifen in solchen Fällen dann zur Waffe.¹⁷ Ebenso fluten sie das Internet mit ihren Fantasien und Verschwörungserzählungen, um ihre Anhängerschaft zu erweitern. Viele Menschen, die darauf reinfallen, werden so ins Unglück gestürzt. Das Beispiel KRD macht zudem deutlich, wie konkret und umfassend solche Bestrebungen sein können. Und je konkreter sie sind, desto gefährlicher sind sie.

Bei der Frage nach dem Erhalt der deutschen Staatlichkeit zeigt sich inzwischen ebenso eine Ausdifferenzierung im Rechtsextremismus. Teile reaktivieren die Idee völkischer Siedlungsprojekte, setzen sie aber strategisch in einen neuen Kontext. Drei zentrale Ansätze sind hierbei erkennbar und sie lassen sich als resignativ-realistischer Rechtsextremismus kennzeichnen, denn wesentliche gesellschaftliche Realitäten werden ausdrücklich anerkannt und damit nicht mehr in Frage gestellt. Die einen wollen Deutschland und sogar Europa ganz verlassen und damit vollständig aufgeben. Sie sehnen sich irgendwo auf der Welt nach einem „weißen Ethnostaat“. Sie gehen davon aus, dass die hiesigen Gesellschaften kulturell und ethnisch bereits zu weit fortgeschritten verändert wurden. Eine ‚Rückeroberung‘ und ‚Rückabwicklung‘ im Sinne der rechtsextremistischen Rassenideologie wird als unrealistisch betrachtet. Wiederum andere streben danach, bestimmte Räume in Ostdeutschland gezielt zu besiedeln, politisch-kulturell zu durchdringen und schließlich zu erobern. Im nächsten Schritt soll dieser Raum dann einen Schutz-Status wie beispielsweise die Sorben erhalten. Das wäre eine Art ‚weiße Ethno-Region innerhalb Ostdeutschlands‘. Und nochmals andere träumen davon, sich von Westdeutschland abzukoppeln und im Zusammenwirken mit ethnisch als homogen empfundenen weißen osteuropäischen Brüdervölkern neue Staaten und Bündnisse zu gründen. Hierbei wird Russland als Führungsmacht anerkannt. Das wäre dann eine Art ‚weißes Ethno-Osteuropa‘.

Welche der drei rechtsextremistischen ‚Denkrichtungen‘ sich am Ende durchsetzt, ist mit Blick auf die Gefahren, die von ihnen ausgehen, zunächst belanglos. Denn alle drei sind Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung. Neu ist vielmehr, dass sie in Teilen ebenfalls Bestrebungen gegen den Bestand der Bundesrepublik verkörpern und dabei bestrebt sind, mit anderen transnationale Bündnisse einzugehen, welche dieselben oder ähnliche Ziele verfolgen. Von

17 Zuletzt wurde in Reutlingen (Baden-Württemberg) am 22. März 2023 im Zusammenhang mit einer polizeilichen Maßnahme gegen die Reichsbürger-Szene ein Polizist angeschossen.

der Idee, irgendwo in der Welt einen „weißen Ethnostaat“ zu errichten, gehen wohl die geringsten Gefahren für Deutschland aus. Denn gäbe es diesen, würden viele Rechtsextremisten das Land verlassen. Ob es allerdings beispielsweise Neuseeland gestatten würde, dass dort Horden von „DER DRITTE WEG“ durchs Land ziehen, darf bezweifelt werden. Das Konzept wird daher in der rechtsextremistischen Szene stark kritisiert. Variante zwei, die ‚weiße Ethno-Region innerhalb Ostdeutschlands‘, wirkt ebenfalls schon auf den ersten Blick unrealistisch. Denn es müssten zigtausende Anhänger koordiniert umziehen. Da stellt sich bereits die Frage, ob es überhaupt so viele umzugsbereite Anhänger gibt, wer das koordinieren soll und ob die bereits in den Zielregionen lebenden Menschen diese politischen Migranten überhaupt akzeptieren würden. Andererseits kann man dem Ideengeber dieser Variante, Martin Sellner, unterstellen, dass er ein ganz bestimmtes Szenario vor Augen hat. Ihm scheint nämlich vorzuschweben, dass seine Vision spätestens dann realpolitisch konkret wird, sobald der Verdachtsfall AfD¹⁸ irgendwo in Ostdeutschland die Mehrheit in einem Bundesland erringt. Bei aller rechtsextremistischer Motivation ist jedoch festzuhalten, dass dieses Modell zunächst auf regionale Separation setzt, ohne gleich den Bestand des Deutschen Staates in Frage zu stellen. In der Konsequenz würde es aber trotzdem darauf hinauslaufen. Und damit ist Sellners ‚weiße Ethno-Region innerhalb Ostdeutschlands‘ strategisch wesensverwandt mit Variante drei, der Sezession Ostdeutschlands mit dem Ziel, ein ‚weißes Ethno-Osteuropa‘ gegebenenfalls unter Führung Russlands zu schaffen. Der Vordenker des völkisch-nationalistischen AfD¹⁹-Lagers, Björn Höcke, scheint diesen Ideen einiges abgewinnen zu können. Unter dem Eindruck des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine erklärt er am 3. Oktober 2022 in Gera: "Der natürliche Partner für uns als Nation ... wäre Russland. (...) Es ist tragisch, dass man uns ... zwischen Ost und West zur Entscheidung zwingt. (...) Aber mit einem 'Weiter so' ... ist das unwiederbringliche Versinken in tödliche Dekadenz so sicher, wie das Amen in der Kirche. Das deutsche Volk steht an einer historischen Wendemarke. (...) Aber wenn ich mich jetzt für das deutsche Volk entscheiden müsste, zwischen dem Regenbogenimperium, zwischen dem neuen Westen, zwischen dem globalistischen Westen und dem traditionellen Osten, ich

18 Bereits im Jahr 2019 waren die AfD-Teilstrukturen „Junge Alternative für Deutschland“ (JA) und „Der Flügel“ Verdachtsfälle des brandenburgischen Verfassungsschutzes. „Der Flügel“ hat nach eigenen Angaben Ende April 2020 seine Aktivitäten bundesweit eingestellt. Seit Juni 2020 ist der brandenburgische Landesverband der „Alternative für Deutschland“ (AfD) Verdachtsfall des brandenburgischen Verfassungsschutzes, da hinreichend gewichtige tatsächliche Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung vorliegen.

19 Siehe Fußnote 18.

wählte in dieser Lage den Osten."²⁰ Und mit Blick auf Sellners Idee wird man bei Höcke ebenfalls fündig: „Dann haben wir immer noch die strategische Option der ‚gallischen Dörfer‘. Wenn alle Stricke reißen, ziehen wir uns wie einst die tapferfröhlichen Gallier in unsere ländlichen Refugien zurück, und die neuen Römer, die in den verwahrlosten Städten residieren, können sich an den teutonischen Asterixen und Obelixen die Zähne ausbeißen! Wir Deutsche – zumindest die, die es noch sein wollen – sind dann zwar nur noch ein Volksstamm unter anderen. Die Re-Tribalisierung im Zuge des multikulturellen Umbaus wird aber so zu einer Auffangstellung und neuen Keimzelle des Volkes werden. Und eines Tages kann diese Auffangstellung eine Ausfallstellung werden, von der eine Rückeroberung ihren Ausgang nimmt.“²¹

Ideen und Handlungsstrategien, die auf die Errichtung parallelgesellschaftlicher Autarkie oder gar Herbeiführung einer Sezession ausgerichtet sind, gewinnen an Dynamik. Rechtsextremisten machen nicht mehr nur das politische System verächtlich, sondern richten ihre Aufmerksamkeit zunehmend gegen den Bestand des deutschen Staats an sich, den sie zerschlagen wollen. Einige streben mit aus Deutschland herauszubrechenden Regionen neuen Bündnissen, Zusammenschlüssen und Staaten im Osten Europas entgegen. Diese Zunahme der Radikalität im Denken wird eine Zunahme der Radikalität im Handeln nach sich ziehen.

20 Youtube-Kanal von Björn Höcke, Rede in Gera am 03.10.2022 (letzter Zugriff 21.03.2023).

21 COMPACT Magazin: „Die Asterix-Option“, 07/2018, S. 29.

Impressum

Herausgeber:

Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg (MIK)

Henning-von-Tresckow-Straße 9 – 13

14467 Potsdam

Redaktion:

MIK | Abteilung Verfassungsschutz, Referat 52

Internet: mik.brandenburg.de/verfassungsschutz

E-Mail: info-verfassungsschutz@mik.brandenburg.de

Telefon: 0331 866-2500

Fax: 0331 866-2599

Digitale Ausgabe (PDF) | Stand März 2023

Diese Informationsschrift wird kostenlos im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundes-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zu Gunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es jedoch gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer einzelnen Mitglieder zu verwenden.